

Es gibt Schweizer die glauben, nach einem UNO-Beitritt können wir mitbestimmen. Glauben die USA das auch?

EINE AUFSCHLUSSREICHE ENTWICKLUNG

Die Wahl des Generalsekretärs wird von Befürworterseite als ein wichtiges Recht der Generalversammlung angeführt. Der Generalsekretär wird zwar von der Generalversammlung gewählt, aber auf exklusiven Vorschlag des Sicherheitsrats (Artikel 97 der UNO-Charta). Das bedeutet, dass eine Wahl nur erfolgt, wenn der Anwärter allen Grossmächten genehm ist.

Am 1. Januar 1992 wurde der Ägypter Boutros Boutros-Ghali zum Generalsekretär der UNO gewählt. Er machte sich bekannt für seine pontierten Stellungnahmen zugunsten der Entwicklungsländer. 1997 stellte er sich für eine zweite Amtsperiode zur Verfügung. Die überwältigende Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten (180 von 183) war klar für eine Wiederwahl des amtierenden Generalsekretärs. Auch im Sicherheitsrat war die Unterstützung für Boutros-Ghali mit 14 von 15 Stimmen eindeutig. Einzig dagegen war die USA. Sie setzte die Kandidatur Kofi Annans aus Ghana gegen diese klare Willenskundgebung der Völkergemeinschaft durch. Der Grund? Der Ägypter Boutros-Ghali befolgte - nach eigenen Angaben - die Anordnungen der USA zu wenig.

Kommentar:

Erwarten Sie nach einem UNO-Beitritt der Schweiz nicht allzuviel an Mitbestimmung! Bundesräte vergleichen auf ihrer Werbetour die UNO gerne mit einer Schweiz im Grossen: die Generalversammlung sei das Parlament, wo Lichtenstein genau gleich viel zu sagen habe wie China. Kaum ein Beispiel wie das obige könnte exemplarischer zeigen, wie Machtpolitik in der UNO praktisch funktioniert. Die Besetzung von Schlüsselstellen mit genehmen Personen ist eine bewährte Taktik der Mächtigen zur Umsetzung ihrer

Politik. Hochgesteckte Erwartungen auf "Mittenscheiden" sollten durch die frustrierende Erfahrung von 180 Staaten bei der demonstrativ undemokratischen Durchsetzung der Kandidatur Kofi Annans zumindest gedämpft werden. Seit der letzten UNO-Beitritts-Abstimmung 1986 hat sich tatsächlich vieles verändert: die einzige nach dem kalten Krieg verbliebene Weltmacht verfolgt seit dem Zerfall der Sowjetunion ungehemmter denn je ihre Interessenpolitik. Sie holt sich bei der UNO Rückendeckung für ihre strategischen Aktionen oder auch nicht, wie das völkerrechtswidrige Bombardement auf Jugoslawien zeigt. Ein Beitritt der kleinen aber finanzstarken Schweiz würde die USA erst recht ermuntern, ihren "Krieg gegen den Terrorismus" auf weitere Länder auszudehnen, da nun ein Land mehr eingebunden wäre, um die unvermeidlichen "Kollateralschäden" der US-Aktionen zu beheben. Auch nichtständige Mitglieder im Sicherheitsrat vermögen Grossmachtsgebaren wenig zu bändigen. Als sich der jemenitische Sicherheitsratsvertreter bei einer Abstimmung nicht an die "Anweisungen" der USA hielt, raunte sein amerikanischer Kollege ihm zu: "Das war die teuerste Stimmabgabe ihres Lebens!" Tatsächlich wurden in der Folge amerikanische Hilfe für den Jemen empfindlich gekürzt. Beitrittsgegner wehren sich nicht grundsätzlich gegen eine Mitsprache der Schweiz innerhalb der Völkergemeinschaft. Die Erfahrung zeigt aber, dass die Stimme unseres Landes als unbestechlicher UNO-Beobachter mehr Beachtung findet als manchen Politikern während



der laufenden Kampagne vielleicht lieb ist. Eine konkrete Erfahrung damit machte ein Schweizer Journalist, der im letzten Jahr in Südafrika die Rassismuskonferenz in Durban mitverfolgte. Als Schweizer war er überall gerne gesehen und alle Türen standen ihm offen. Verblüfft stellte er fest, dass alle EU-Staaten zusammen durch nur einen einzigen Sprecher vertreten waren. Ein deutscher CDU-Delegierter, vom Journalisten auf die auffällige Nichtverwendung des Begriffs "Familie" im EU-Statement angesprochen, gab im vertraulichen Gespräch zu verstehen, dass die Niederlande dagegen gewesen wären. Mit der Formulierung einer gemeinsamen Stellungnahme müssten alle EU-Staaten einverstanden sein. Von den europäischen Ländern durften bei der UNO-Konferenz in Durban lediglich die Nicht-EU-Staaten Schweiz und Norwegen ihre eigene Position einbringen. Dem Referat des Schweizer Vertreters sei auffallende Beachtung geschenkt worden.

Die Schweiz soll als unabhängiger und unbestechlicher Beobachter mitbestimmen!

Am 3. März ein besonnenes NEIN zum UNO-Beitritt

Thaler 
für eine glaubwürdige Schweiz

Postfach 64, 4717 Mümliswil, PC 40-779936-5